Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 300. Sonnabend den 27. October 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 28. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Aufforderung.

Die am 11. Mai 1849 verstorbene Frau **Emilie** verw. Gerichtsdirector **Winkler** geb. **Pöppig** hat in ihrem letzten Willen ein Vermächtniß von 4000 Thlr. mit der Bestimmung gestiftet, **daß die Zinsen davon an unbemittelte Wittwen zweier hiesigen Advocaten oder Gerichtsdirectoren je fünf Jahre lang ausgezahlt werden sollen.**

Die eine Hälfte der Zinsen dieser Winkler-Pöppig'schen Stiftung ist auf die fünf Jahre 1884 bis mit 1888 anderweit durch den Verfassungs-Ausschuß des Stadtverordneten-Collegiums zu vergeben.

Es ergeht daher an diejenigen Frauen, welche darauf Anspruch machen können und wollen, die Aufforderung, ihre Gesuche

bis zum 20. November 1883

im Geschäftszimmer der Stadtverordneten, Katharinenstraße Nr. 29, 2 Treppen, anzubringen.

Die bisherigen Nutznießerinnen können keine weitere Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 23. October 1883.

Der Verfassungsausschuß der Stadtverordneten.
Dr. Schill.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten der sogenannten Rathsstube bleibt dieselbe

Montag, den 29. dieses Monats,

geschlossen.

Leipzig, am 24. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Der Preis der in der hiesigen Gasanstalt producirten Coaks, deren commissionsweiser Verkauf Herrn Louis Meister übertragen ist, beträgt

vom heutigen Tage an

für jeden Hektoliter loco Gasanstalt 1 ℳ und einschließlich des Fuhrlohns bis an das Haus 1 ℳ 15 ₰.

Leipzig, den 27. October 1883.

Der gemischte Ausschuß für die Gasanstalten.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. Q. Nr. 334 10691 17506 33940 36772 37161 39885 45903 47160 50974 52890 57717 61033 61106 61823 63052 64531 64751 67854 74786 78118 81804 83067 84513 84950 85545 89962 93930. Lit. R. Nr. 2265 7935 10581 14294 16023 16259 17675 19918 19920 20544 21886 23458 23459 26502 28274 28537 28898 31476 31901 32446 37059 37060 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig gehen werden.

Leipzig, den 24. October 1883.

Die Verwaltung des Leihhauses u. der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zufolge hat der Stellmacher **Hermann Gustav Pfau** aus Schleußig sein vom Gemeindevorstand zu Langenhain unterm 3. April 1877 ausgestelltes Dienstbuch vor Kurzem auf dem Wege von der Hohen Straße nach Thonberg verloren.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle allhier abzugeben.

Leipzig, am 22. October 1883.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Rfdr. Faldix.

Die von uns wegen des Correctionairs **Friedrich Rudolph Becker** von hier unterm 6. September a. c. erlassene Bekanntmachung hat sich durch Aufgreifung Becker's **erledigt.**

Leipzig, am 22. October 1883.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. H.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 19. d. Mts. ist heute bei der unter Nr. 26 unseres Firmenregisters verzeichneten Firma:

Julius Barth zu Torgau

Folgendes eingetragen:

Das Handelsgeschäft ist durch Erbgang auf den Kaufmann **Gustav Emil Barth** übergegangen, welcher dasselbe unter der bisherigen Firma fortsetzt.

Weiter sind zufolge Verfügung vom 19. d. Mts. in das Firmenregister heute eingetragen unter Nr. 258 die Firma

Julius Barth

mit dem Sitze zu **Torgau** und dem Kaufmann **Gustav Emil Barth** daselbst als Inhaber und unter Nr. 254 die Firma

Otto Becker

mit dem Sitze zu **Belgern** und dem Kaufmann **Otto Becker** daselbst als Inhaber.

Endlich sind zufolge Verfügung vom 19. d. Mts. folgende Firmen des Firmen-Registers:

Nr. 22 **August Wittich zu Torgau,**
Nr. 85 **C. A. Engelmann zu Schildau,**
Nr. 222 **Gustav Loepel zu Torgau**

heute gelöscht worden.

Torgau, den 20. October 1883.

Königliches Amtsgericht.

Vom Sonntag, 28. October 12 Uhr Mittags ab sind im Postgebäude am Augustusplatze die Dienststellen für den Verkehr mit dem Publicum vertheilt wie folgt:

1) Eingang vom Augustusplatze (große Halle):
Ausgabestelle für Zeitungen,
Ausgabestelle für Geld- und Werthsendungen sowie für postlagernde Gegenstände,
Annahmestelle für Geldbriefe, Nachnahmebriefe und für Werthsachen geringeren Umfangs,
Annahmestelle für Postanweisungen,
Auszahlungsstelle für Postanweisungen,
Annahmestelle für Einschreibbriefe,
Verkauf von Werthzeichen.

2) Eingang vom Grimmaischen Steinweg:
rechts vom Thorweg:
Annahmestelle für Packete mit angegebenem Werth und für einzelne Packete ohne Werthangabe,
links vom Thorweg:
Annahmestelle für Telegramme,
im Hofe links:
Zimmer des Postdirectors.

3) Eingang von der Poststraße rechts im Thorweg:
Ausgabestelle für gewöhnliche und eingeschriebene Briefe an Abholer.

4) Im Hintergebäude:
Packetannahme.

Die Ausgabestellen sind am 28. October ausnahmsweise nicht von 11—12, sondern von 12—1 Uhr Mittags geöffnet.

Leipzig, 24. October 1883.

Kaiserliches Postamt I.
Bobel.

Bekanntmachung.

Am 10. November d. J. wird wegen der Lutherfeier die hiesige **Fonds- und Producten-Börse** geschlossen.

Die auf diesen Tag regulativmäßig fallende **Productenbörse** wird einen Tag vorher, den 9. November d. J., abgehalten.

Leipzig, den 26. October 1883.

I. und II. Section des Börsenvorstandes.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag des Ehemannsvormundes der verehelichten Kämmerer **Christiane Henriette Benker** geb. **Glauchen** aus **Buschsorwerk,** Tischlermeister **Ernst Ermrich** aus **Buschsorwerk,** wird die verehelichte Kämmerer **Christiane Henriette Benker** geb. **Glauchen** aus **Buschsorwerk,** welche seit dem Jahre 1818 verschollen ist, aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermine, den

29. April 1884, Vormittags 10 Uhr

bei dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. II, zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird.

Ferner wird der Tagarbeiter **Gustav Hermann Landmann** aus **Steinseiffen,** Kreis **Hirschberg,** gebürtig aus **Arnsdorf,** welcher seit dem Jahre 1870 verschollen ist, auf den Antrag seiner Ehefrau **Ernestine Landmann** geb. **Erbe** aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotstermine, den

29. April 1884, Vormittags 10 Uhr

bei dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. II, zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

Schmiedeberg im Riesengebirge, den 12. Juni 1883.

Königliches Amtsgericht III.

Concursverfahren.

Nachstehender Beschluß:

Ueber das Vermögen des Kürschners **Simon Christian Prröbster** und dessen Sohnes des Kürschners **Julius Prröbster** in Berlin a. W. wird, da beide ihre Zahlungen eingestellt haben, heute am **19. October 1883** Mittags 12 Uhr das Concursverfahren eröffnet.

Der Gerichtsvollzieher **Albert Hemer** hier wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum **12. December 1883** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den **2. November 1883** Vormittags 10 Uhr — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den **21. December 1883** Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte, Abtheilung I, Termin anberaumt. — Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen, oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum **12. December 1883** Anzeige zu machen.

Gerstungen, den 19. October 1883.

Großherzoglich Sächs. Amtsgericht.
Erg.: Dr. Rotenbacher.

wird hiermit veröffentlicht.

Gerstungen, am 25. October 1883.

Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts
Hill.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Klärung der Lage.

Ein Artikel der „Kölnischen Zeitung" über die Stellung der Nationalliberalen, welchen wir gestern unsern Lesern mittheilten, constatirt in seinem Eingang, daß die nationalliberale Partei mit Herrn v. Bennigsen unstreitig den Mann verloren habe, der die größte Achtung in der Partei genoß, und daß kein anderer in gleicher Weise die Führung haben werde. Die Wahrheit dieser Thatsache leuchtet Jedem ein, welcher die Geschichte der Nationalliberalen kennt, und deshalb scheint es nothwendig, daß die Partei bei allen entscheidenden Schritten, welche sie unternehmen will, sich davon unterrichtet, wie ihr ehemaliger Führer darüber denkt, denn er hat ausdrücklich erklärt, daß er mit seinen Gesinnungsgenossen stets eng politisch verbunden bleiben werde. Die nationalliberale Partei ist diese Rücksicht nicht blos ihrem ehemaligen Führer, sondern auch sich selbst schuldig, und wir glauben uns den Dank der Partei zu verdienen, wenn wir sie an diese Pflicht erinnern.

Als vor Kurzem in der „Elberfelder Zeitung" die Forderung erhoben wurde, daß die nationalliberale Partei mit einem bestimmten Programm hervortreten solle, da stellte sich alsbald heraus, daß diese Forderung nicht das Ergebniß einer Parteiberathung sei und daß sie ebensowenig von einem dazu berufenen Mitgliede der Partei ausgehe, sondern daß es eine reine Privatansicht des Verfassers der betreffenden sogenannten Programmartikel sei. Solches Eingreifen in die Parteientwickelung von nicht zuständiger Seite ist ein sehr beachtenswerthes Zeichen des Zustandes, in welchem sich die Partei befindet, und es scheint fast, als ob die Neigung, in der Presse Vorschläge zu machen, was die Partei zu thun habe, oder ihr wohl auch Rathschläge nach dieser Richtung hin zu ertheilen, weiter um sich griffe. Davor kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, denn dadurch kann der Partei keine Stärkung gebracht werden, sondern nur Verwirrung.

Die Gründe, aus welchen Bennigsen von der Parteileitung zurückgetreten ist, hat er selbst in seinem Antwortschreiben auf die Adresse seiner Parteigenossen klar und deutlich ausgesprochen, und auf diese Erklärung muß man zurückgreifen, wenn die Fortentwickelung der Partei im Sinne Bennigsen's angestrebt werden soll. Bennigsen sagte: In den letzten Jahren und insbesondere in diesem Frühjahr habe ich mich leider immer stärker davon überzeugen müssen, daß steigende Verbitterung der Parteien, der immer schärfer auftretende Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Parlamenten, die Spaltung unter den Liberalen in wichtigen, selbst entscheidenden Fragen für mich zur Zeit eine auch nur einigermaßen nützliche und erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr ausführbar erscheinen lassen. Nach meiner ganzen Natur und politischen Veranlagung tief davon durchdrungen, daß für unser neues deutsches Reich nichts gefährlicher sein muß, als das Hervorkehren des seit 1867 kaum mehr empfundenen Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente, ein immer stärker die Extreme zur Geltung bringender, haßerfüllter, leidenschaftlicher, mit persönlicher Erbitterung geführter Streit der Parteien, welche doch darauf angewiesen sind, miteinander auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes zu leben, habe ich nach schwerem innern Kampf einer Wirksamkeit entsagt ..... u. s. w.

Vergleicht man damit, was die „Kölnische Zeitung" in dem gestern von uns mitgetheilten Artikel sagt, so wären ja die Gründe, welche nach der Ansicht Bennigsen's eine ersprießliche Thätigkeit der nationalliberalen Partei zur Zeit unmöglich machen, nicht die richtigen und die Partei selbst trüge allein die Schuld, weshalb sie von ihrer früheren bestimmenden und maßgebenden Stellung verdrängt worden ist. Wenn Fürst Bismarck mit seiner schon seit 1874 vorgebrachten Klage, daß er sich auf die Nationalliberalen nicht verlassen könne, Recht hätte, dann blieb der Partei nichts übrig, als sich in Demuth schuldig zu bekennen und feierlich zu versprechen, daß sie in Zukunft Alles thun wolle, um ihre Zuverlässigkeit zu beweisen. Nun, Bennigsen ist ganz anderer Ansicht. Er spricht zwar die Liberalen, also wohlgemerkt nicht blos die Nationalliberalen, nicht von Schuld an dem gegenwärtigen Zustande frei, denn er macht ihnen ihre Uneinigkeit in wichtigen, selbst entscheidenden Fragen zum Vorwurf. Aber den Hauptnachdruck legt Bennigsen auf die Hervorkehrung des Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente. Und diese Hervorkehrung ist nicht von der Partei verschuldet worden, sondern die Reichsregierung hat diesen Gegensatz aus eigener Initiative betont und zur parlamentarischen Discussion gebracht. Das ist es gewesen, was Bennigsen nicht zu ertragen vermocht, was ihm die Ausübung seines Mandats als Reichstags- und Landtagsabgeordneter verleidet hat, und der letzte Zweck seiner Mandatsniederlegung war höchst wahrscheinlich der, daß er durch rückhaltlose Darlegung der Gründe seines Rücktritts an maßgebender Stelle Eindruck machen und eine Aenderung der bisherigen allzu scharfen Politik herbeiführen könnte.

Wir stimmen darin vollkommen der „Kölnischen Zeitung" bei, wenn sie behauptet, daß der nationalliberalen Partei die Zukunft gehöre, aber sie gehört ihr nur dann, wenn sie einerseits national und andererseits liberal bleibt, wenn sie sich ihres Ursprungs und ihrer Entwickelung bewußt bleibt und wenn sie bemüht ist, den wohlgemeinten Mahnungen ihres ausgezeichneten Führers stets Folge zu leisten und nicht jedem Windhauche nachzugehen. Von Herrn v. Bennigsen aber erwarten wir, daß er in so schwerer Zeit wie die heutige seine Gesinnungsgenossen nicht ohne seinen schwer wiegenden und unentbehrlichen Rath lassen werde, daß er aus eigener Veranlassung und ungefragt sein den Abgeordneten gegebenes Versprechen, mit ihnen stets in enger Verbindung zu bleiben, einlösen möge. Wir haben schon zu der Zeit, als der Austritt Bennigsen's bekannt wurde, den Wunsch und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß er den parlamentarischen Arbeiten nicht dauernd fern bleiben werde, daß er seine Kraft der Partei wieder dienstbar machen werde, wenn es gilt. Die Nationalliberalen sind heute führerlos, und darin liegt die große Gefahr, daß sich Unberufene zu Führern aufwerfen und daß Rathschläge ertheilt werden, die besser unterblieben.

Wie die Sachen heute stehen, ist die Politik des Abwartens und der Zurückhaltung die allein mögliche für die Nationalliberalen, jedes active Eingreifen nach dieser oder jener Seite, die Uebernahme bindender Verpflichtungen für die Zukunft kann die Lage nur verschlimmern, wenn jemals die Politik der freien Hand die richtige war, so ist sie es heute für die Nationalliberalen, nur von Fall zu Fall können sie ihre Entschließungen treffen, und erst wenn die Partei weiß, was sie von Seiten der Regierung zu erwarten hat, kann sie dazu Stellung nehmen. Irrthümer einzugestehen, ist keine Schande, aber ohne Rath und zur unrechten Zeit Schuldbekenntnisse abzulegen, welche der Berechtigung und innern Wahrheit entbehren, davor kann man sich nicht genug hüten. Das möge die „Köln. Ztg." bedenken.

Leipzig, 27. October 1883.

* Aus **Berlin** wird uns vom **Donnerstag** geschrieben:

„Nachdem die Minister Camphausen, Achenbach und Falk aus dem **Cabinet Bismarck** geschieden waren, gab der Herr **Reichskanzler** im Reichstage gelegentlich eine Auseinandersetzung, wie er in Zukunft die **Steuerverhältnisse** im deutschen Reiche geordnet sehen möchte. Es war kein bestimmt umgrenzter Plan, aber das Eine ging deutlich aus der Rede hervor, daß das Einkommen bis zu 3000 ℳ von directen Steuern völlig befreit sein sollte, daneben sollten Erleichterungen für den Grundbesitz eintreten und die Schulunterhaltungspflicht auf den Staat übergehen. Alles dieses sollte erreicht werden durch die Auflage indirecter Steuern und Zölle auf Einfuhrartikel. Der damalige Finanzminister Hobrecht bezeichnete allerdings diese Hoffnungen als Zukunftsmusik. Es kostete diese Auffassung Herrn Hobrecht das Portefeuille, und an seine Stelle trat Herr Scholz, oder vielmehr jetzt Herr von Scholz. Seitdem haben wir wiederholt von großen Finanzplänen sprechen hören — bis in die neueste Zeit, wo es auf einmal ganz still davon geworden ist, bis heute ist Herr von Scholz dem Lande, Herr von Burchard dem Reiche den Plan schuldig geblieben. Nur einen Theil davon hat Herr von Scholz in Preußen verrathen mit der „Licenzsteuer" seligen Andenkens, welche indessen selbst von conservativer Seite mit Nachdruck bekämpft wurde. Angegriffen wurde unter den directen Steuern besonders die von den Städten erhobene Miethssteuer, und auch wir müssen bekennen, daß wir nicht zu den Freunden derselben gehören. Nachdem Fürst Bismarck diese Steuer zuerst an den Pranger gestellt, bildete sie ein besonders beliebtes Thema für alle Demagogen und Hetzer auf socialdemokratischer und antisemitischer Seite. Aber so oft diese Einnahme auch bekämpft, so oft ihre Abschaffung auch gefordert wurde, von keiner Seite ist bisher auch nur der Versuch unternommen worden, einen bequemeren Ersatz für den eventuellen Ausfall nachzuweisen. Unwissentlich oder geflissentlich ist dabei auch fast immer übersehen worden, daß die Erhebung der Miethssteuer auf einem Staatsgesetz beruht, daß also keine städtische Gemeinde die Möglichkeit hat, sie abzuschaffen, ebenso wenig wie nach der Städteordnung und den Landesgesetzen eine Stadt eine regelmäßige Steuer auflegen oder eine Anleihe aufnehmen kann ohne Einwilligung der Regierung. Was Berlin im Besonderen betrifft, so ist es unwidersprochen, daß hier der Ausfall der Miethssteuer nicht ertragen werden kann, das ist ebensowohl der Regierung wie den Agitatoren bekannt. Gleichwohl weist auch heute die „Nordd. Allg. Ztg." wieder auf die Nothwendigkeit der Abschaffung der Miethssteuer hin, welche besonders darum so verwerflich sei, weil sie in weit höherem Maße „begressiv" wirke als alle anderen indirecten Abgaben. Diese Behauptung vermögen wir keineswegs als begründet anzuerkennen, aber wenn sie es auch wäre, so können wir nur wiederholen, daß, wenn es der Regierung Ernst damit ist, diese drückende Steuer abzuschaffen, sie die den Communen längst zugesicherte Einnahmequelle endlich erschließen mag. Sobald die Gemeinden einen Ersatz erhalten, werden sie sich keinen Moment sträuben, auf die so verhaßte Einnahme zu verzichten, vorher aber können sie es beim besten Willen nicht. An Herrn v. Scholz liegt es also, den „großen Finanzplan" nun endlich zu einer Wahrheit zu machen."

* In der unter dem Vorsitz des Staatsministers von Boetticher am 24. October abgehaltenen **Plenarsitzung des Bundesraths** wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen die Vorlagen, betreffend die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1882/83; die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1879/80. Dem Entwurfe von Ausführungsbestimmungen wegen Ausdehnung der Zollermäßigungen des deutsch-italienischen und deutsch-spanischen Handelsvertrages ertheilte die Versammlung die Zustimmung. Auch genehmigte dieselbe den Antrag wegen Erneuerung der auf Grund des §. 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie für Hamburg, Altona und Umgebung getroffenen Anordnungen. Nachdem der Vorsitzende über eingegangene, auf Grund früherer Beschlüsse den betreffenden Ausschüssen überwiesene Eingaben Mittheilung gemacht hatte, faßte die Versammlung schließlich Beschluß über die geschäftliche Behandlung mehrerer Eingaben von Privaten.

* Die jüngsten Artikel der Berliner „**Provinzial-Correspondenz**" über die corporativen Bestrebungen im deutschen **Gewerbeleben** geben mit ziemlicher Deutlichkeit zu verstehen, daß die Regierung mit dem Gesetz vom 18. Juli 1881, das was die Gesetzgebung zur Förderung der **Innungsbewegung** thun kann, abgeschlossen glaubt, daß sie insbesondere auf den Vorschlag, den sie einst selbst gemacht, die Annahme von Lehrlingen an die Bedingung der Angehörigkeit zu einer Innung zu knüpfen, wieder zurückzukommen nicht mehr geneigt ist. Die Ankündigung des Centrums, den vielbesprochenen, vom Reichstag bereits zweimal abgelehnten §. 100b aufs Neue zu beantragen, ist damit von vornherein des Mißerfolges sicher, und es zeigt sich wieder einmal, wie die Bestrebungen der Klerikalen und Conservativen auf socialund gewerbepolitischem Gebiet weit über die Absichten und Anschauungen, welche die Regierung zur Zeit wenigstens hegt, hinausgehen.

* Wie weit gegenwärtig die Gunstbuhlerei gewisser **fortschrittlicher Kreise** bei den **Socialdemokraten** geht, beweist ein Vorschlag der Berliner „Volkszeitung", wonach der Socialdemokratie, die ja nach Ansicht des genannten Blattes mit der wahrhaft freisinnigen Partei in rein politischen Fragen dieselben Ziele und Grundsätze hat, seitens der Liberalen das Angebot gemacht werden soll, die drei Bezirke bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen, in denen Stichwahlen zwischen beiden Parteien stattzufinden haben, freiwillig der Arbeiterpartei einzuräumen.

* In **Braunschweig** ist am Mittwoch der frühere Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrath und Handelsgerichtsdirector a. D. Wilhelm **Bode** gestorben, ein treues und verdientes Mitglied der **nationalliberalen Partei,** in welcher er wegen seines ehrenfesten patriotischen Charakters, seiner gediegenen Kenntnisse und seines biederen, liebenswürdigen, heiteren Wesens hohen Ansehens und allgemeinster Beliebtheit sich erfreute. Bode gehörte dem constituirenden und sämmtlichen Reichstagen von 1871—1881, mit Ausnahme der 2. Legislaturperiode, als Vertreter des ersten braunschweigischen Wahlkreises an, auch lange Jahre der braunschweigischen Landesversammlung, in welcher er die Vicepräsidentenstelle einnahm; der Verstorbene hat ein Alter von 71 Jahren erreicht.

* Der Kaiser **Franz Josef** empfing am **Donnerstag** die **Delegationen.** Auf die Ansprache der Delegationspräsidenten erwiderte der Kaiser: „Die Versicherungen treuer Ergebenheit, welche Sie soeben an mich gerichtet haben, erfüllen mich mit aufrichtiger Genugthuung. Die Beziehungen der Monarchie zu den auswärtigen Mächten haben ihren durchaus befriedigenden Charakter nicht verändert. Dem tiefen Friedensbedürfnisse der Völker Europas entspricht das loyale Bemühen der Mächte, ihnen die Segnungen des Friedens zu erhalten. Die Bestrebungen der österreichisch-ungarischen Monarchie waren unablässig auf dieses Ziel gerichtet. Die ungestörte Entwickelung friedlicher Verhältnisse gestattet meiner Regierung, den materiellen Interessen der Monarchie noch außen hin erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen; sie wird fortfahren, den wichtigen Aufgaben, welche auf diesem Gebiete an sie herantreten, und deren erfolgreiche Lösung vielfach bereits ange-